

# Pressemitteilung

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
im DGB



Leipzig, den 22. Juli 2019

## **GEW Sachsen: Exzellente Hochschulen brauchen exzellente Beschäftigungsbedingungen Bildungsgewerkschaft fordert die Entfristung von Stellen**

Durch die Entscheidung der von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern ernannten Exzellenzkommission vom Freitag wird die TU Dresden auch ab 1. November weiter als eine von 11 Exzellenzuniversitäten gefördert. Die sächsische Bildungsgewerkschaft GEW gratuliert der TU Dresden zu dieser Auszeichnung und fordert sie gleichzeitig auf, dafür zu sorgen, dass ihre exzellenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen dieser Erfolg zu verdanken ist, künftig auch exzellente Beschäftigungsbedingungen vorfinden.

Claudia Koepernik, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende aus dem Bereich Hochschule und Forschung: „Wie an allen sächsischen Hochschulen dominieren auch an der TU Dresden nach wie vor befristete Arbeitsverhältnisse bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ist für uns mit dem Prädikat Exzellenz unvereinbar und es besteht dringender Handlungsbedarf. Exzellenz darf es nicht nur in der Forschung geben, sie ist ebenso in der Lehre unverzichtbar.“

Die GEW warnt gleichzeitig vor einer Sonderstellung der TU Dresden bei der Finanzierung durch den Freistaat Sachsen. „Durch die Entscheidung darf es zu keiner Zersplitterung der sächsischen Hochschullandschaft in erst- und zweitklassige Hochschulen kommen. Jede der staatlichen Hochschulen hat ihre Berechtigung, ihre eigenen Schwerpunkte und Stärken. Dies muss die zukünftige Politik der Staatsregierung deutlich machen – durch eine ausreichende Grundfinanzierung aller Hochschulen – und den Einsatz der Mittel des ‚Zukunftsvertrags Lehre und Studium stärken‘ ausschließlich für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse“, konstatiert Koepernik weiter.

„Exzellente Forschung und die Betreuung einer steigenden Zahl von Studierenden sind Daueraufgaben, für die es der Schaffung von Dauerstellen bedarf. Hier sind die Hochschulen und der Freistaat in der Pflicht, endlich die Abkehr vom Befristungsunwesen in der Wissenschaft einzuleiten“, fordert Koepernik abschließend.

Für Rückfragen steht Ihnen Claudia Koepernik unter 01733710675 zur Verfügung.